POST AUS BERLIN

Julia Obermeier
Mitglied des Deutschen Bundestages

27.03.15

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

diese Parlamentswoche stand im Schatten des erschütternden Flugzeugunglücks in der französischen Alpenregion. Zu Beginn der Plenarsitzung am Donnerstagmorgen gedachten wir der Opfer und ihren Angehörigen. Es fiel uns schwer, daraufhin unsere Arbeit wiederaufzunehmen.

Nach der auswärtigen Sitzung des Verteidigungsausschusses vom Montag beschlossen wir die weitere Beteiligung der Bundeswehr an der EU-geführten Ausbildungs- und Beratungsmission EUTM Somalia. Meine Rede dazu finden Sie hier:
http://dbtg.tv/fvid/4809954

Eine weitere Rede hielt ich zur nuklearen Abrüstung. Diese können Sie sich hier ansehen:
http://dbtg.tv/fvid/4812614

Durchsetzen konnten wir unsere Forderung nach einem höherem Verteidigungshaushalt ab 2016! Auch haben wir endlich die PKW-Maut beschlossen!

Es waren also zwei erfolgreiche Wochen für die CSU in Berlin.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein schönes Wochenende und frohe Ostern!

Ihre

Neues aus dem Netz

Mehr Sicherheit für Somalia

„Kriminalität, Terror und Gewalt gehören zum Alltag am Horn von Afrika“

Bis zu 20 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr unterstützen die europäische Ausbildungsmission am Horn von Afrika. Der Bundestag beschloss am 26. März 2015, den Einsatz fortzusetzen.

Julia Obermeier MdB gab dem Leid der Menschen in Somalia ein Gesicht: Sie erzählte die Geschichte von Maymun Muhyadine Mohamed. Die junge Frau liebte es in den Straßen Mogadischus Fußball zu spielen. Der radikalislamischen al-Shabab-Milizen verboten ihr den Sport – sie solle einen Körperschleier tragen. Maymuns junger Ehemann verteidigte seine Frau gegenüber den Milizen. Daraufhin ermordeten sie ihn.

„Seit 1990 herrscht in Somalia Bürgerkrieg. Kriminalität, Terror und Gewalt gehören zum Alltag am Horn von Afrika. Millionen Menschen sind auf der Flucht“, beschrieb Obermeier die Lage in dem afrikanischen Land.

Allein das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hilft den Menschen in Somalia mit rund 100 Mio. Euro. Darunter 86 Mio. für die städtische Wasserversorgung und die ländliche Entwicklung

„Aber diese Hilfen können nur in halbwegs sicheren Regionen ankommen“, betonte die Abgeordnete. Daher verfolgt Deutschland in Somalia einen ganzheitlichen, vernetzten Ansatz: ***„Die militärische Beteiligung Deutschlands an der EU-Mission in Somalia ist Teil davon.“***

Link zu meiner Rede: http://dbtg.tv/fvid/4809954

Russlands nukleare Drohkulisse

„Seit Beginn der Ukraine-Krise wird der Ton Russlands dem Westen gegenüber immer schärfer“

Die russische Führung baut nicht nur eine nukleare Drohkulisse auf, sondern bezieht seine Atomwaffen in den letzten Jahren auch verstärkt in militärische Gedankenspiele mit ein.

„Mit Blick auf dieses aggressive Verhalten Russlands und die aktuelle geopolitische Lage wäre es fatal, nun alle US-Atomwaffen aus Deutschland und Europa abzuziehen, so wie es die Grünen in ihrem Antrag fordern“, verdeutlichte Obermeier.

Link zu meiner Rede: http://dbtg.tv/fvid/4812614

Ebenso wenig dürfe sich Deutschland in dieser Situation aus der operativen nuklearen Teilhabe zurückziehen

Russland verweigert sich internationalen Bemühungen zur nuklearen Abrüstung. So hat der Kreml im Dezember 2014 einen wichtigen Pfeiler der amerikanisch-russischen Nuklearkooperation aufgekündigt. Dieses sollte verhindern, dass Nuklearwaffen in falsche Hände geraten. Zudem lehnt die Führung in Moskau Angebote der USA ab, ein New START-Abkommen zu verhandeln.

„Das Verhalten der russischen Regierung führt uns vor Augen: Wir sind weit entfernt von einer Welt ohne Atomwaffen."

Langfristig müsse man aber an diesem Ziel festhalten: ***„Wir alle wünschen uns eine atomwaffenfreie Welt. Dieses Ziel werden wir aber nicht über eine Einbahnstraße erreichen können. Länder mit und ohne Atomwaffen müssen diesen Weg gemeinsam beschreiten"***, betonte die Abgeordnete.

Die Gesundheit der Truppe im Mittelpunkt

Im Zuge der auswärtigen Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages besuchte Julia Obermeier MdB das Sanitätslehrregiment in Feldkirchen, Landkreis Straubing-Bogen.

Im Rahmen dieser Sitzung informierte der Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, der Generaloberstabsarzt Dr. Ingo Patschke die Mitglieder des Verteidigungsausschusses über die aktuellen Aufgaben des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr.

Die Teilnahme an einer Informations- und Lehrübung des Zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr sowie Gespräche mit Soldatinnen und Soldaten bestimmten im Wesentlichen den Ablauf der Sitzung.

Der CSU Bürgermeister von Straßkirchen, Dr. Christian Hirtreiter auf Wehrübung, zusammen mit Julia Obermeier.

Nach ihrem Besuch lobte Julia Obermeier die Arbeit der Soldatinnen und Soldaten: ***„Wir können stolz sein auf die Leistungen, die die Kameradinnen und Kameraden bei der täglichen Ausübung ihres Dienstes für uns erbringen."***

CSU setzt höheren Verteidigungsetat durch

„Die schützen, die uns schützen!“

So beschreibt Julia Obermeier das übergeordnete Ziel der nun geplanten Erhöhung des Verteidigungshaushaltes 2016 um 1,2 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2019 sollen die Mehrausgaben auf bis zu 8 Milliarden Euro ansteigen. Damit liegen die Eckwerte für den Verteidigungsetat deutlich über dem Finanzplan aus dem vergangenen Jahr. Ursprünglich sollte der Wehretat im nächsten Jahr um etwa eine halbe Milliarde Euro gesenkt werden.

Bundeswehr muss zukunftsfähig bleiben

Die Bundeswehr muss insbesondere in die Einsatz- und Verwendungsfähigkeit des Materials und die Zukunftsfähigkeit investieren. Die Ausrüstung der Bundeswehr ist stark gefordert.

Nur durch eine stetige Erhöhung der Ausgaben für Instandsetzung, Wartung und Betrieb kann dem Rechnung getragen werden. Für eine laufende Modernisierung der Ausrüstung muss der investive Bereich erhöht werden. ***„Die Bundeswehr ist Garant für unsere Sicherheit. Daher darf die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nicht durch Materialengpässe oder Mangelverwaltung gefährdet werden.“***

Jeder zusätzliche Euro ist gut angelegtes Geld in die Sicherheit Deutschlands.

Angesichts der aktuellen Krisen und Konflikte spricht sich eine Mehrheit der Deutschen für eine Erhöhung der Ausgaben für Verteidigung aus. ***„Dem kommen wir nach. Die Sicherheit Deutschlands und Europas kann nur mit einer modern ausgerüsteteten und einsatzfähigen Bundeswehr gewährleistet werden.“***

Deutschland und die Schweiz – starke Partner

Julia Obermeier zu Besuch bei Kolleginnen und Kollegen der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) im Bundeshaus in Bern

Im Zentrum der Gespräche mit der Vizepräsidentin der CVP, Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler, sowie den Nationalräten Marco Romano und Gerhard Pfister stand der Austausch über die Außen- und Verteidigungspolitik der Nachbarländer.

Ein weiteres wichtiges Themenfeld war die Wirtschaftspolitik. Obermeier, Mitglied der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, sprach mit ihren Kollegen über die engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und Europa.

Julia Obermeier zusammen mit der Vizepräsidentin der CVP, Nationalrätin Ida Glanzmann-Hunkeler und Nationalrat Marco Romano

Aufsehen erregte die Entscheidung der Schweizer Nationalbank im Januar dieses Jahres, die Kopplung des Franken an den Euro aufzugeben. Die eidgenössische Währung verteuerte sich schlagartig um ein Fünftel. Wenn der Franken im Vergleich zum Euro weiter zulegt, dürften Exportgüter aus der Schweiz noch teurer werden.

Mehr Cyber-Sicherheit für den Standort Deutschland

Bundestag debattiert erstmals das neue IT-Sicherheitsgesetz

Angriffe von Hackern und Cyber-Spionen verursachen nicht nur wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe, sie zerstören auch das Vertrauen der Nutzer. Deutschland soll der sicherste digitale Standort weltweit werden. Ein wichtiger Baustein ist hierzu, das sogenannte IT-Sicherheitsgesetz.

Unternehmen sind in der Pflicht

Vor allem bei den Betreibern kritischer Infrastrukturen spielt digitale Sicherheit eine große Rolle. Damit sind Einrichtungen gemeint, die für das Funktionieren des Gemeinwesens von zentraler Bedeutung sind – also beispielsweise Wasserwerke, Stromversorger oder Gesundheitseinrichtungen. Nach dem Gesetzentwurf müssen diese Betreiber künftig IT-Mindeststandards einhalten und sicherheitsrelevante Zwischenfälle melden.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll auf nationaler Ebene zur zentralen Stelle für IT-Sicherheit werden. Dort sollen die Daten über Pannen und Lecks einlaufen und ausgewertet werden. Die Ergebnisse werden dann an die Betreiber zurückgemeldet.

Mehr Schutz für die Verbraucher im Internet

Das IT-Sicherheitsgesetz sieht auch mehr Schutz für die Verbraucher vor. Telekommunikationsanbieter sollen dazu verpflichtet werden, IT-Sicherheit „nach dem Stand der Technik“ bereitzustellen. Die Anbieter sollen ihre Kunden warnen, wenn ihnen auffällt, dass etwa deren Internetanschluss für Cyber-Angriffe missbraucht wird.

Julia Obermeier MdB: ***„Wir alle sind auf eine sichere IT-Infrastrucktur angewiesen. Das IT-Sicherheitsgesetz leistet hierzu einen notwendigen und wichtigen Beitrag.“***

Atomverhandlungen mit dem Iran

„Die Chancen standen noch nie so gut für eine Einigung!“

Die fünf UN-Vetomächte – USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich – sowie Deutschland verhandeln seit Jahren mit dem Iran über ein dauerhaftes Atomabkommen. Über den Stand dieser Verhandlungen tauschten sich die Mitglieder des Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CSU-Landesgruppe mit dem Leiter „Task Force Iran“ des Auswärtigen Amtes, Oliver Knoerich aus. Der Westen will sicherstellen, dass der Iran keine Atomwaffen entwickelt. Teheran fordert seinerseits einen verbindlichen Zeitplan für die Aufhebung lähmender Wirtschaftssanktionen.

Florian Hahn MdB (l.) und Julia Obermeier MdB im Gespräch mit Oliver Knoerich und Dr. Ina Heusgen aus dem Auswärtigem Amt.

Die Verhandlungsfrist endet am 30. Juni 2015.

Die Maut kommt!

Alle, die auf Deutschlands Fernstraßen unterwegs sind, müssen künftig dafür zahlen. Halter von Fahrzeugen, die im Ausland zugelassen sind, können im Internet oder an Tankstellen zwischen einer Vignette für zehn Tage, zwei Monate oder einem Jahr wählen. Für sie gilt die Abgabe nur auf Autobahnen. Inländische Autobesitzer hingegen erhalten automatisch eine Jahresvignette, deren Kosten vom Kraftfahrt-Bundesamt abgebucht werden. Diese Jahresvignette gilt auf Autobahnen und Bundesstraßen. Die Höhe der Abgabe beträgt maximal 130 Euro und richtet sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit.

Für Halter von PKW und Wohnmobilen, die in Deutschland zugelassen sind, enstehen jedoch keine Mehrbelastungen, da die entsprechende Summe über die KFZ-Steuer wieder zurückfließt. Statt einer Gebührenmarke aus Papier, die auf die Windschutzscheibe aufgeklebt wird, ist eine elektronische Vignette geplant.

Das bedeutet, dass alle Mautzahler an ihrem Kennzeichen zu erkennen sind, das bei Zahlung der Abgabe registriert wird. Die Überwachung der LKW-Maut funktioniert bereits ähnlich.

Julia Obermeier zusammen mit Staatssekretärin (BMVI), Dorothee Bär

Die PKW-Maut ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur und bezieht nun endlich alle Nutzer der deutschen Autobahnen in deren Finanzierung mit ein.

Julia Obermeier MdB: *„Das Wahlversprechen der CSU wird eingehalten, die Maut kommt! Das ist eine Sache der Gerechtigkeit. Denn auch unsere Autobahnen werden gerade zur Ferienzeit von ausländischen PKW teilweise erheblich belastet.“*

Bayern zu Gast in Berlin

Sehr gefreut habe ich mich über meine Gäste aus Bayern, eine Delegation des Bayerischen Bauernverbandes hat mich in Berlin besucht.

Julia Obermeier zusammen mit BBV Kreisobmann Ulrich Niederschweiberer

Auf dem Programm standen, neben dem Besuch der Reichstagskuppel und einer Stadtrundfahrt, auch große Highlights wie ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und ein Besuch in der Bayerischen Landesvertretung. Den perfekten Abschluss bildete die Besichtigung des 368 Meter hohen Berliner Fernsehturms.

Gerne heiße ich Sie in meinem Bürgerbüro willkommen:

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB
Ranertstraße 8
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 990 99
Fax: 089/ 893 991 00

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:
www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:
@Julia_Obermeier

Auf facebook:
Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine Email:
julia.obermeier@bundestag.de

Julia Obermeier vor Ort

27.03.2015 – 18.00 Uhr	**Kreisvorsitzendenkonferenz der Jungen Union Bayern**, Kloster Banz
28.03.2015 – 13.00 Uhr	**CSU-Grundsatzkommission**, Lazarettstraße 33, München
07.04.2015 – 19.00 Uhr	**Vorstandssitzung der CSU Aubing**
29.04.2015 – 14.45 Uhr	**Podiumsdiskussion „Cyber-Jihad“**, Wildbad Kreuth

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin